

Beitrag der Fachschaft Physik zum Lehrbericht 2019

Bei der Weiterentwicklung der Lehre an der Uni Köln bestehen derzeit vor allem zwei Herausforderungen: Die derzeit diskutierten und teilweise bereits realisierten Kürzungen und die anlaufende Reakkreditierung.

Kürzungen

Die Hochschulen sind seit den 1970er Jahren strukturell unterfinanziert. Zwar sind ihre Mittel bis auf wenige Ausnahmen immer wieder leicht gestiegen, diese Steigerungen stehen aber in keinem Verhältnis Expansion der Hochschulen, wie das bis auf wenige Phasen massive Sinken der Mittel pro Studienplatz zeigt. Der Umgang damit war in den verschiedenen Bereichen der verschiedenen Hochschule, die auch jeweils unterschiedlich betroffen waren, unterschiedlich. Aber es herrscht beispielsweise fasst flächendeckend die rechtswidrige Praxis, zur Umgehung des Tarifvertrages Hilfskräfte in Bibliotheken und im IT-Bereich als Hilfskräfte in Technik und Verwaltung, sondern als SHKs einzustellen. Hinzu kommt, dass ein stetig steigender Teil der Hochschulfinanzierung nicht aus Grund- sondern aus Drittmitteln besteht. Diese Mittel fluktuieren lokal stark und sind zudem zweckgebunden. Dadurch erfordert es einige Kreativität und hohen Verwaltungsaufwand, um sie in immer wieder wechselnden Konstellationen für die Lehre einzusetzen, was nicht nur notwendig ist, um die Lehre überhaupt auf einem hohen qualitativen Niveau abzudecken, sondern auch um eine Einheit von Lehre und Forschung zu realisieren.

Abgesehen davon, dass die Naturwissenschaften dabei insgesamt bessere Voraussetzungen hatten und haben als andere Bereiche, wurde und wird in der Kölner Physik mit bemerkenswertem Engagement, Sorgfalt und Hartnäckigkeit immer wieder neu nach Lösungen für diese Schwierigkeiten gesucht, die insbesondere auch im Interesse der Mitarbeiter*innen und Studierenden sind und vor allem ihre soziale Lage berücksichtigen. Dies schlägt sich z.B. im Dauerstellenkonzept der Fakultät nieder. Auch wenn dies mitunter recht erfolgreich ist, bleibt dies ein dauerhaft aufreibender Reparaturbetrieb.

Aus verschiedenen Gründen haben sind die Mittel der Universität und insbesondere auch die der Kölner Physik in den letzten zehn Jahren signifikant gestiegen. Die Uni hat dies für eine Expansion genutzt, die allerdings größer war, als die Budgets es hergeben. Die zusätzlichen Mittel waren überwiegend an den Aufbau neuer Forschungsbereiche (z.B. Exzellenzcluster) oder zusätzliche Studienplätze (HoPa) gebunden, reichten aber für den jeweiligen Zweck nie aus, sondern mussten aus den Bestehendem ergänzt werden.

Vor allem aber gilt: Nichts von dem, was aufgebaut wurde, ist verzichtbar. In Zeiten sich zuspitzender gesellschaftlicher Probleme bei gleichzeitig auskömmlichen Steuereinnahmen, ist es richtig, dass die Universität in den letzten Jahren massiv auf Expansion gesetzt hat. Denn „es ist nicht optional, sondern notwendig, dass die Hochschulen einen Beitrag zu einer gerechten, nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt leisten (...) [und] dass die Landesregierung die Verantwortung dafür übernimmt, den Hochschulen die dafür nötigen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen“¹ und das bedeutet auch eine massive Erhöhung der Grundmittel für die Hochschulen.

Dementsprechend hat die Fachgruppe die Kürzungen auch nicht einfach hingenommen und in einem aufreibenden Verteilungskampf zu verwalten versucht, sondern rekapituliert, wer eigentlich

1 http://uni-aktionsbuendnis.uni-koeln.de/wp-content/uploads/2018/06/Positionierung_Fachgruppe-Hochschulgesetz-beschlossen.pdf

warum woran arbeitet, welche Arbeitsstrukturen dies erfordert, was Historie und Status Quo der jeweiligen (nicht nur, aber vor allem finanziellen) Rahmenbedingungen sind, was eine sinnvolle Weiterentwicklung der Fachgruppe insgesamt ausmacht und welche Mittel dafür gebraucht werden.

Die Ergebnisse wurden in der Fakultät kommuniziert und die Kürzungen prinzipiell in Frage gestellt und damit auch Maßstäbe für die gesamte Fakultät gesetzt. Auf dieser Grundlage ist es gelungen, verschiedene Wege zur Verbesserung der finanziellen Lage zu erringen ohne die Kürzungen auf andere Bereiche der Uni abzuwälzen. Im Ergebnis musste in der Physik bislang fast gar nicht gekürzt werden und die Perspektive für die kommenden Jahre ist deutlich besser als noch vor einem Jahr, wenn auch nach wie vor offen ist, wie es in den kommenden Jahren weiter geht.

Insgesamt wurde damit auch ein bedeutender erster Schritt weg von der Top-Down-Budget-Planung der letzten Jahre hin zu einer bedarfsorientierten integrierten Entwicklungs- und Finanzplanung im Gegenstromverfahren gegangen. Dies ging einher mit ersten Schritten zur Demokratisierung der Universitätsfinanzen: Noch nie wurden in den letzten Jahren die Finanzen und ihre Geschichte sowie bestehende Abmachungen fachgruppenweit vollständig offen bis auf Arbeitsgruppenebene und unter Einbeziehung der Drittmittel in den Gremien diskutiert, noch nie wurden die Fakultätsfinanzen halbwegs transparent und vollständig in einem iterativen Prozess in den Gremien mittelfristig geplant inklusive der hinter den Exzellenzclustern stehenden Ordnungen und Verträgen, nicht zuletzt ist das Rektorat auch angesichts dieser Entwicklung der langjährigen Forderung, seine Finanzen transparent zu machen und zur Debatte zu stellen, zumindest teilweise nachgekommen.

Dass die Uni alle Exzellenzcluster bewilligt bekommen hat, aber nicht weiter Exzellenz-Uni ist, macht die finanzielle Situation zunächst nicht leichter und wirft auch die Frage auf, nach welchen Maßstäben sich die Uni nun weiterentwickeln soll. Dabei wird sich voraussichtlich im nächsten Jahr weitgehend entscheiden, ob gemeinsam Wege zur Verbesserung der finanziellen Lage gefunden werden oder Bereiche kaputt gespart oder sogar ganz zerstört werden. Letzteres ginge nicht nur unmittelbar zu lasten der Lehre, weil es eine Einschränkung von Lehrangebot und -qualität bedeutet, vielmehr ginge damit uniweit auch ein Kulturwandel einher, weil an die Stelle von Kooperation, Verteilungskämpfe und Selbstbehauptung zulasten der Nachbarn, an die Stelle von Ermöglichung sinnvoller Sonderlösungen Arbeitsvermeidung usw. treten würden. Nicht zuletzt drohte damit auch die soziale Schließung der Universität, einerseits weil schlicht Studienplätze abgebaut würden, andererseits weil die bisher übliche Kultur, mit unbürokratischen dezentral organisierten Sonderlösungen Sinnvolles zu ermöglichen statt Studierende möglichst effizient zu verwalten, vielen Studierenden, die nebenher arbeiten müssen, Kinder versorgen usw., ihr Studium überhaupt erst ermöglicht.

Angesichts dessen ist der eingeschlagene und schon jetzt bewährte Weg der bedarfsorientierten, demokratischen Entwicklungs- und Finanzplanung im Gegenstromverfahren unbedingt weiter zu verfolgen und jeden Tendenzen, die Kürzungen einfach hinzunehmen und in Verteilungskämpfe zu verfallen systematisch entgegen zu treten. Die Physik trägt dabei eine große Verantwortung für die Gesamtentwicklung, weil sie einerseits von den uniinternen Umverteilungen der letzten Jahre stark profitiert hat und andererseits innerhalb der Uni über ein verhältnismäßig großes Durchsetzungspotenzial verfügt. Geht sie voran und verhält sich solidarisch, ist dies eine Ermutigung für andere Bereiche nachzuziehen. Setzt sie dagegen auf ihr Durchsetzungspotenzial, treibt sie den Rest der Uni in eine Absicherungspolitik, die großes Potenzial hat, in einer uniweiten zerstörerischen Verteilungsschlacht zu enden.

Angesichts dessen sollte die Physik im kommenden Jahr folgende Punkte systematisch verfolgen:

1. Die im vergangenen Jahr erarbeitete Zusammenstellung, wer in der Physik warum woran arbeitet und was die Entwicklungsperspektive der Fachgruppe ist, dokumentiert werden: einerseits inklusive der damit verbundenen Ressourcenfragen für den uniinternen Gebrauch, andererseits auch für Laien verständlich zur Veröffentlichung. Dies ist entscheidende Grundlage, um für eine Verbesserung der finanziellen Lage zu wirken: Es geht um eine Steigerung öffentlicher Gelder und dementsprechend ist öffentlich und allgemein nachvollziehbar zu begründen, wofür sie gebraucht werden. Diese Darstellung muss inhaltlich sein. Ein Pochen auf 100% Exzellenz gibt keine Antwort auf die Frage, warum nicht auch 95% Exzellenz reichen.
2. Die Fachgruppe sollte sich in der Kürzungsdebatte öffentlich positionieren. Entscheidend dabei ist,
 - a) die Kürzungen nicht hinzunehmen, sondern angesichts der damit einher gehenden Schäden zurück zu weisen,
 - b) zu versichern, dass sich die Physik im weiteren Verlauf des Prozesses solidarisch verhalten und nicht versuchen wird, sich zu lasten anderer Bereiche abzusichern,
 - c) sämtlichen Versuchungen den Hochschulzugang zurück zu weisen und stattdessen angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung der Hochschulbildung auf eine grundsätzliche Verbesserung der finanziellen Lage der Hochschulen zu orientieren.
3. Die Fachgruppe sollte auf eine weitere Demokratisierung der Finanz- und Entwicklungsplanung setzen.
4. Das neue Hochschulgesetz ermöglicht die Abschaffung der SHK-Räte und den Ausstieg aus dem Kodex gute Arbeit. Beides legt Versuchungen nahe, Kürzungen auf die Mitarbeiter*innen abzuwälzen. Bisher ist Konsens an der UzK, dass dies nicht geschehen soll. Die Physik sollte möglichen Tendenzen, von diesem Konsens abzuweichen entgegen treten und umgekehrt den mit dem Dauerstellenkonzept der Fakultät eingeschlagenen Weg konsequent weiter gehen.
5. Die Fachgruppe sollte Tendenzen, die Studiengangsverwaltung aus Effizienzgründen zu zentralisieren oder individuelle Wege abzuschneiden mit produktiven Vorschlägen entgegen treten (siehe unten).

Zuletzt soll darauf hingewiesen werden, dass in der Mathematik bereits in den letzten Semestern gekürzt wurde mit dem Ergebnis, dass die abgegebenen Übungen nur noch teilweise korrigiert werden und die Übungsgruppen deutlich größer geworden sind. Die größeren Übungsgruppen haben sich als weitgehend unproblematisch heraus gestellt. Dass die Aufgaben aber nicht mehr vollständig korrigiert werden, ist aber eine empfindliche Einbuße in der Qualität der Lehre, die nur als temporäre Notlösung akzeptabel ist, auch wenn sie den Leistungsdruck bei der Klausurzulassung, der aus Sicht der Fachschaft ein großes Problem darstellt) als Nebeneffekt entschärft.

Reakkreditierung

Die Umstellung der Studiengänge auf das Bachelor-Master-System hat überall zu mehr oder weniger großen Verwerfungen geführt, einerseits weil eine derart weitreichende Umstellung innerhalb kurzer Zeit immer mit Schwierigkeiten verbunden ist, andererseits weil die Umstellung von oben verordnet wurde und innerhalb der Hochschulen mehr Gegner*innen als Befürworter*innen hatte.

Die Kritik an der neoliberalen und unternehmerisch statt wissenschaftlich orientierten Grundausrichtung dieser Reform durch die Bildungsstreiks 2009 – 2011 hat einerseits zur NRW-weiten Etablierung der Studienbeiräte als stetig arbeitende Gremien zur kontinuierlichen, systematischen und konsensorientierten Weiterentwicklung der Studiengänge geführt. Andererseits wurden im Rahmen der letzten Reakkreditierung die größten Konstruktionsfehler der BaMa-Studiengänge der ersten Generation weitgehend behoben.

Dementsprechend funktionieren die derzeitigen Studiengänge und strukturelle Katastrophen sind selten geworden. Dennoch wimmeln sie von kleineren Ungereimtheiten und unnötigen Restriktionen und sind nach wie vor viel zu sehr verschult. Zudem ist der Anspruch, dass ein Studiengang lediglich funktionieren und studierbar sein sollte, angesichts der Möglichkeiten und gesellschaftlichen Bedeutung einer Universität unverantwortlich bescheiden.

Die mit einer sprunghaften Änderung immer einher gehende Unsicherheit wurde im Rahmen der BaMa-Umstellung in Übereinstimmung mit dem verordneten Verschulungsparadigma der Gesamtreform weitgehend mit Absicherung durch Detailregelung beantwortet. Dies ist umso mehr geschehen, als die Menschen, die damals diese Umstellung gestaltet haben, zu weiten Teilen nicht von dem neuen System überzeugt waren und dementsprechend wenig darauf gesetzt haben, dass es angesichts seiner Gesamtkonzeption aus sich heraus sinnvoll funktionieren würde. Diese Detailregelungen haben sich inzwischen (vor allem auch angesichts der Lösung der größten Probleme im Rahmen der letzten Reakkreditierung) als weitgehend überflüssig oder sogar hinderlich erwiesen. Sie gehen aber mit erheblicher Bürokratie einher, erfordern auf Grund ihrer Unflexibilität zahlreiche individuelle Sonderlösungen und versperren den Blick sowohl auf die Inhalte des Studiums als auch auf weitreichendere Weiterentwicklungen der Studiengänge, z.B. eine systematische Entschulung.

Im derzeit anlaufenden Reakkreditierungsprozess gibt es auf Ebene der Gesamtuni, wo unter der Überschrift „Modell Studieren in Köln“ die Rahmenbedingungen für die einzelnen Fächer festgelegt werden, derzeit zwei problematische Tendenzen:

Angesichts weitgehend behobener Großkatastrophen wird seitens des Rektorates die Linie „so schnell wie möglich, so wenig Debatten wie möglich, so wenige Änderungen wie möglich“ verfolgt. Dementsprechend sind Zusammensetzung des Lenkungsausschusses und Zeitplan restriktiv gestaltet und den Entwicklungserfordernissen und Möglichkeiten vollkommen unangemessen. So besteht etwa kein Raum für seit Jahren von den Studierenden angemeldeten Diskussions- und Änderungsbedarfen, die bisher immer wieder „auf die nächste Reakkreditierung“ verschoben wurden (insbesondere Klausurversuchsbeschränkungen, Weiterentwicklung des SI, Umsetzung der Ergebnisse des Projektes „Studium inklusiv“ und Drittfach im Lehramt, Abhängigkeitsketten, Teilzeit-Studierbarkeit, Zulassungs- und Zugangsregelungen usw.). Gleichzeitig wird angesichts der Kürzungsdebatte die Diskussion von der ersatzlosen Abschaffung von Ausnahme-, Umgehungs- und Sonderlösungen, die wie z.B. die Joker/Ass-Regelung in der aktuellen Form zu hohem Verwaltungsaufwand führen, dominiert. Diese Lage birgt die Gefahr, dass die Verbesserungsmöglichkeiten nicht genutzt werden und gleichzeitig durch Abschneiden von Sonderlösungen die angesprochenen zahlreichen kleinen Restriktionen und Detailregelungen von nervigen Ärgernissen zu echten Problemen werden.

Dies ist (hoffentlich nicht nur) aus Fachschaftssicht nicht hinnehmbar und wird nicht widerstandslos durchgehen. (Wir möchten explizit klarstellen, dass die Debatte in großen Teilen der Fakultät und

insbesondere auch in der Physik eine deutlich erfreulichere und entwicklungsorientiertere Dynamik hat.)

Stattdessen sind im Rahmen der Reakkreditierung zwei Schritte notwendig, die gründlich und unter großer Beteiligung möglichst aller Positionen angegangen werden sollten:

Erstens. Es sollte eine umfassende Revision aller Restriktionen und Detailregelungen stattfinden mit dem Ziel, möglichst viele davon abzuschaffen oder zumindest zu deutlich weniger, angemesseneren Regelungen zusammenzufassen. Leitfragen sollten dabei sein:

- Wo wurden Regelungen lediglich präventiv eingeführt und können ohne große Folgen gestrichen werden? Ist es wirklich ein Problem, wenn 5 Studierende pro Jahr die 2.-Semester-Klausur erst nach der Bachelor-Arbeit schreiben? Schadet es wirklich, wenn ein*e Student*in das gesamte SI an der Wiso macht?
- Wo können Regelungen durch Empfehlungen ersetzt werden? (flexibler, mehr Anregung zum Nachdenken und mündig entscheiden, weniger Aufwand in der Verwaltung, aber weiterhin orientierend) Wie können die Studienordnungen so aufgeschrieben werden, dass alle direkt ihren Sinn / ihre Konzeption erfassen und dementsprechend von sich aus sinnvoll an die Sache heran gehen, ohne dass es „nötig“ ist, sie durch zahlreiche Leitplanken immer wieder „auf den rechten Weg zu befördern“?
- Wo gibt es häufig Sonderlösungen? (Beispiel Voraussetzungsketten im Bachelor GeoMet) Welche strukturelle Unflexibilität wird daran deutlich, wie lassen sich die allgemeinen Regelungen flexibler gestalten, sodass weniger Sonderlösungen nötig sind?
- Wo sind Abläufe unnötig kompliziert / von der Reihenfolge her so angelegt, dass sie zu zahlreichen Sonderlösungen führen (z.B. Klausuranmeldungen, Laufzettel im Master of Science)? Was ist ein sinnvollerer und weniger bürokratischer Workflow und welche Funktionen müssen dafür in KLIPS nachgerüstet werden?

Dabei kann die Universität zu Köln erheblich von der enormen Heterogenität ihrer Studiengänge profitieren: So sollte im Revisionsprozess bei jeder Regelung reflektiert werden, auf welches Problem sie antwortet, nach Studiengängen gesucht werden, in denen es potenziell das gleiche Problem gibt und zusammen mit Menschen aus diesem Fach ein Austausch darüber hergestellt werden, ob und wie das Problem dort weniger restriktiv / sachgerechter gelöst werden konnte.

Zweitens. Trotz erheblichen öffentlichen Widerspruchs hat die Landesregierung die Zivilklausel aus dem Hochschulgesetz gestrichen, dennoch haben sich die Universitäten des Landes in einem gemeinsamen öffentlichen Statement zu den in ihren Grundordnungen verankerten Zivilklauseln bekannt. Gleichzeitig ist die Landesregierung auf Grund des Widerstandes aller Statusgruppen der Hochschulen von ihrem ursprünglichen Plan, auch die Studienbeiräte abzuschaffen, abgerückt. Um Fakultäts-Entwicklungsplan heißt es: „Die Fakultät trägt in vielerlei Hinsicht zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Gesellschaftsentwicklung bei. Sie wird dies künftig im Rahmen der üblichen Dokumentation ihrer Arbeit (z.B. im Lehrbericht) als Grundlage für den systematischen Ausbau dieser Aktivitäten dokumentieren.“ Neben der Überwindung der Altlasten der BaMa-Umstellung gilt es, dieses Ziel als Leitlinie für die Weiterentwicklung der Studiengänge zu realisieren. Dazu gibt es bereits viele zumeist in Nischen entwickelte Ansätze, die es weiter zu denken und zu verallgemeinern gilt. Ausgangspunkt dafür ist in vielen Fällen die Reflexion der Geschichte der Physik (bzw. anderer Fächer von denen man lernen kann). Dabei sind drei Aspekte entscheidend:

Was war die gesellschaftliche Bedeutung der Physik (Widerlegung des mittelalterlichen Weltbildes, Ermöglichung der industriellen Revolution usw.)? Was waren die institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen bestimmte physikalische Entwicklungen stattfanden und wer gab die Ressourcen dafür (vom Hofastronom über die Kaiser-Wilhelm-Institute und Los Alamos bis IBM)? Wie stehen die physikalischen Entwicklungen im Verhältnis zu ideengeschichtlichen Entwicklungen (Aufklärung und Äquivalenz der Inertialsysteme, Überwindung des „Teilchenzoos“ und Postmoderne)? Solche Aspekte werden bereits oft in GPK-Vorträgen angerissen, sollten aber auch in reguläre Lehrveranstaltungen Einzug halten. Darüber können folgende strukturelle Eckpunkte erste relevante Schritte sein:

- Mehr Wahlmöglichkeiten in den Bachelor-Studiengängen fordern Studierende wie Dozierende von Anfang an und immer wieder neu (nicht nur einmal im Rahmen einer Kommissions Sitzung, bei der ein Modulhandbuch beschlossen wird) dazu heraus, zu diskutieren, warum man überhaupt was lernen sollte.
- Zu vermeiden ist entkontextualisiertes Lernen von Techniken auf Vorrat. Stattdessen sollte fachliche Fragen (nicht nur Themen) zum Ausgangspunkt gemacht werden und im Zuge ihrer Beantwortung die dazu notwendigen Techniken erlernt werden.
- Prüfungsformen, die entkontextualisiert technische Kompetenzen abfragen sind zu reduzieren zu Gunsten von Prüfungsformen, die darauf zielen, verschiedene Bereiche des Studiums zueinander in Bezug zu setzen.
- Die bereits weit entwickelte Einheit von Lehre und Forschung ist weiter zu stärken.

Die Fachschaft hat angesichts der zahlreichen, oft experimentellen Schritte und Überlegungen, die in diese Richtung in den letzten Jahren bereits mit großem Engagement vieler Dozierender gegangen wurden (vergleiche auch die Lehrberichte vergangener Jahre), eine Sammlung von konkreten Vorschlägen zur Überarbeitung sowohl der Physik-Studiengänge als auch (in Abstimmung mit anderen Fachschaften) der uniweiten Regelungen erarbeitet. Diese Vorschläge sollen im kommenden Jahr im Rahmen des Reakkreditierungsprozesses in die jeweils zuständigen Gremien eingebracht werden. Diese würde einerseits den Rahmen des Lehrberichtes sprengen und befindet sich andererseits angesichts zahlreicher laufender Debatten zur Reakkreditierung in verschiedenen Kontexten in laufender Überarbeitung. Deshalb sei hier nur auf die laufend aktualisierte online-Version verwiesen:

<http://fs-physik.uni-koeln.de/reakkreditierung/>

Sonstiges

Neben diesen Kernpunkten waren im letzten Jahr folgende Punkte für die Weiterentwicklung der Lehre in der Physik relevant:

- Die Abschaffung des NCs hat trotz Sabotage durch das Studierendensekretariat (und bemerkenswertem spontanen Engagement zahlreicher Menschen in Physik und Fakultät zur Reparatur der dadurch verursachten Schäden) die erhofften Wirkungen gehabt. Die damit einhergehende Konzentration der KVB-Studierenden der Uni in der Physik stellt aus Sicht der Studierendenschaft kein Problem dar und wird sich so wie so relativieren, wenn angesichts der guten Erfahrungen in den leider nur wenigen Fächern, die den NC bisher abgeschafft haben, andere Bereiche nachziehen.

- Bei den zahlreichen Initiativen und Erprobungen neuer Maßnahmen zur Verbesserung des Übungsbetriebes hat sich besonders bei den Bonuspunkten und den Präsenzübungen herausgestellt, dass es viele gute Ideen gibt, manche davon aber nur in bestimmten Formen, in bestimmten Veranstaltungen und / oder bei bestimmten funktionieren und in anderen Kontexten auch negative Auswirkungen haben können. Insbesondere funktionieren Präsenzaufgaben in manchen Veranstaltungen sehr gut und in anderen (vor allem in der Mathematik) gar nicht. Deshalb wird es im nächsten Jahr neben der weiteren Erprobung von Ideen vor allem auch darauf ankommen, heraus zu finden, welche Maßnahmen „robust“ sind bzw. wie „robust“ gemacht werden können, bevor sie flächendeckend eingeführt werden. Allerdings sind auch Konzepte wertvoll, die nicht „robust“ sind und von Fall zu Fall mit Gewinn eingesetzt werden können.
- Durch die personellen Umwälzungen in der Physikdidaktik ist deren inhaltliche Ausrichtung in der Zukunft nach wie vor nicht endgültig geklärt. Die Fachschaft wird weiterhin darauf drängen, dass auch zukünftig alle großen Strömungen der Physikdidaktik in Lehre und Forschung vertreten sind. Während sich auf der Ebene der Studienordnungen diesbezüglich ein Konsens heraus zu bilden scheint, der hoffentlich im Rahmen der Reakkreditierung beschlossen wird, ist unklar, wie diese Breite künftig auch in der Forschung aufrecht erhalten werden soll. Insbesondere ist aus Sicht der Fachschaft zu klären, wie insbesondere die Forschung an Zielbestimmung und Stoffauswahl sowie an inklusiver Physikdidaktik weiter geführt werden soll. Dies hat insofern auch eine direkte Bedeutung für die Lehre, als es in der Physikdidaktik wie in der Physik eine sehr ausgeprägte Einheit von Lehre und Forschung gibt und bisher z.B. zahlreiche Abschlussarbeiten in diesen Bereichen entstanden sind.
- Leider wurde die zweite Stelle im Physikprüfungsamt nach dem Weggang von Stephanie Gralke noch nicht wiederbesetzt. Dies sollte zügig geschehen – einerseits um Claudia Herrmann zu entlasten, andererseits um wieder mehr Sonderlösungen, z.B. nachträgliche Klausuranmeldungen zu ermöglichen.
- In Bezug auf Gebäudefragen bestehen nach wie vor die schon in früheren Lehrberichten angesprochenen Probleme. Allerdings ist es mit großer Hartnäckigkeit einzelner Kolleg*innen und der Fachschaft gelungen, in einigen Punkten zumindest einen Schritt weit weiter zu kommen:
 - Zwei Jahre nach Beschluss der Maßnahme wurden nun endlich die notwendigen Änderungen an den Schlössern der Bibliothek vorgenommen, sodass die Mitarbeiter*innen-Bibliothek nun hürdenlos für alle zur Verfügung steht. (Die gleichzeitig beschlossenen Änderungen an den Seminarraum-Türbeschlägen wurden immer noch nicht realisiert.)
 - Nach fast 10 Jahren wurde mit minimalem Aufwand die Lüftungsanlage des Foyers wieder in Betrieb genommen und die Regelung fast aller Heizkörper im öffentlichen Bereich der Physik repariert.
 - Im Rahmen einer neuen Bibliotheksordnung wurde endlich Klarheit über die Nutzung der Bibliothek außerhalb der Öffnungszeiten geschaffen, sodass die bisherige Grauzone nun im Sinne der Nutzer*innen geregelt ist, was insbesondere dem Schließdienst aus der unglücklichen Lage befreit, gleichzeitig verschiedene, sich widersprechende Regelungen durchsetzen zu sollen. angesichts der guten Erfahrungen mit dieser Regelung schlagen wir vor, sie auf das Foyer zu erweitern.

- Nach mehreren Jahren hat erstmals wieder eine (leider noch nicht mit früheren Partys vergleichbare) studentische Party in den Räumlichkeiten der Physik stattgefunden.
- Die PCB-Sanierung lässt weiter auf sich warten.
- Es wurde zumindest ein treffen mit den verantwortlichen der Bauabteilung geplant, um die seit Jahren angemeldeten Korrekturwünsche an den Plänen der Generalsanierung zu diskutieren.
- Wenn auch die neu beschlossene Promotionsordnung in allen Punkten von der Studierendenschaft begrüßt wird, zumal sie endlich den Bezug zu den Graduiertenschulen sinnvoll klärt, sprechen sich die Fachschaften der Fakultät darüber hinaus nach wie vor für eine Abschaffung der Noten bei der Promotion aus.